

**Rede  
des Fraktionssprechers für Kommunalpolitik**

**Bernd Lynack, MdL**

zu TOP Nr. 12

Besprechung

**„Niedersächsische Kommunen in Not – Wird die  
Landesregierung helfen?“**

während der Plenarsitzung vom 13.04.2016  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

vor allem Ende letzten Jahres, wir haben es eben gehört, waren die Herausforderungen, die Niedersachsen bei der Unterbringung der Asylsuchenden stemmen musste, groß.

Mehrere Zehntausend Menschen haben bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung gesucht und auch gefunden. Mit etwas zeitlichem Abstand können wir es nun wagen, eine vorläufige Bilanz dieser Zeit zu ziehen.

Und da muss man an allererster Stelle ein großes Dankeschön ausdrücken. Danke an Boris Pistorius, Stefan Manke und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums, die sich mit all ihrer Kraft rund um die Uhr eingesetzt haben, alle Menschen so gut wie möglich unterzubringen.

Danke selbstverständlich auch den kommunalen Verwaltungen vor Ort, die letzten Endes an der Basis alles hervorragend umgesetzt haben. Und das nicht selten in wirklich sportlichen Zeitvorgaben.

Und nicht zuletzt vielen Dank an all die unzähligen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer, die Großartiges geleistet haben und noch immer leisten. Bessere Botschafterinnen und Botschafter für ein weltoffenes, humanitäres Niedersachsen können wir uns gar nicht wünschen!

Wir sollten bei aller parteipolitischer Diskussion eines nicht vergessen:

Ohne die vielen Menschen, die in ihrer Freizeit völlig uneigennützig helfen und geholfen haben, hätten wir es nicht annähernd geschafft, die Situation so gut meistern, meine Damen und Herren.

Gerade deshalb halte ich es für enorm wichtig, insbesondere für den notwendigen Rückblick, auch eine gesunde Portion Demut an den Tag zu legen.

Alles in allem kann man aus dieser Zeit eine positive Bilanz ziehen.

Ja, diese Situation war eine große Herausforderung, die uns allen sehr viel abverlangt hat. Aber wir haben sie gemeistert. Und da kann man an dieser Stelle auch mal bei aller Bescheidenheit etwas Freude zeigen!

Es hat keine flüchtlingsbedingte Obdachlosigkeit gegeben.

Die Situation in den Kommunen hat sich schnell wieder entspannt, sodass heute niemand ernsthaft behaupten kann, dass die Beteiligten einen schlechten Job gemacht haben. Ganz im Gegenteil!

Es ist außerordentlich schade, dass der Eine oder die Andere versucht, politisches Kalkül aus dieser Situation zu schlagen.

Ganz davon abgesehen ist es aus Sicht der CDU noch nicht einmal sinnvoll, auf dieses Thema zu setzen, denn wenn wir scharf nachdenken, sehen wir, dass das Kernproblem in Fragen der Unterbringung ganz woanders liegt.

Und zwar in dem Umstand, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) immer noch unfassbar lange für die Bearbeitung und Aufnahme der Fälle braucht.

Und das liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt weder in der Macht der Kommunen, noch der Bundesländer.

Vielmehr sind Sie es, die das Beste aus der Situation machen müssen.

Zuständig ist immer noch der Bundesinnenminister! Ich weiß ja, dass viele – auch hier im Haus – das nicht gerne hören, doch es gehört nun einmal zur Wahrheit dazu.

Und, Entschuldigung, nicht einmal praktisch können alle Versäumnisse des Bundes von Ländern und Kommunen aufgefangen werden.

So sehr wir uns das in den vergangenen Wochen und Monaten auch gewünscht hätten.

Anrede,

vor uns liegt eine noch größere Aufgabe. Eine Aufgabe, die sich nicht so schnell lösen lassen wird, wie die des letzten Jahres.

Es gilt, die vielen Menschen, die hier bei uns bleiben werden, zu integrieren. Deutschland und damit auch Niedersachsen steht hier vor einer großen Chance, die unbedingt genutzt werden muss. Es müssen jetzt dicke Bretter gebohrt werden.

Das braucht Zeit, Ausdauer und sicherlich auch Geld.

Wenn wir all dies nicht aufbringen, wird aus der historischen Chance ein historischer Fehler, an dessen sozialen und wirtschaftlichen Folgen wir noch lange zu knabbern hätten.

Deshalb ist es absolut richtig, dass die Landesregierung bereits mit der Verabschiedung der letzten Haushalte eine Menge Geld in die Hand genommen und in die Kommunen investiert hat.

Und das ist, meine Damen und Herren, eben kein Programm des deutschen Steuerzahlers zu Gunsten von Asylsuchenden. Wer das sagt oder suggeriert, der bedient nur rechtspopulistische und fremdenfeindliche Gesinnungen!

Nehmen wir z.B. die Aufstockung des Wohnraumförderprogrammes um 400 Millionen Euro. Das ist eine beachtliche Summe, die dabei hilft, dass Geringverdiener und Studierende nicht gegen zu uns gekommene Menschen auf dem Wohnungsmarkt ausgespielt werden.

Gucken Sie sich da beispielsweise die Universitätsstadt Göttingen an. Auch wenn dort die Stadt versucht, was sie kann, ist die Wohnungsnot enorm. Hier ist in Deutschland generell in den letzten Jahren viel Luft nach oben gewesen.

Umso richtiger ist es jetzt, hier endlich zu investieren. Das hilft den Personen, die zu uns gekommen sind und denen, die noch kommen werden.

Es hilft aber z.B. auch Studierenden und Geringverdienern, die dringend nach Wohnraum suchen.

Und es hilft nicht zuletzt auch unseren Kommunen, die dadurch entlastet werden, nicht selbst 1:1 in Leistungen eintreten zu müssen, um den sozialen Frieden vor Ort stabilisieren zu können.

Gleichzeitig entlasten wir die Kommunen, indem Regelungen für bestehende und entstehende geförderte Wohnungen gefunden worden sind, wonach auch dieser Wohnraum zu Unterbringungszwecken genutzt werden kann.

Das ist sicherlich keine optimale Lösung, aber im Angesicht der Möglichkeiten eine äußerst sinnvolle. Gerade auch, wie schon erwähnt, um die Kommunen eben nicht allein im Regen stehen zu lassen.

Anrede,

die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. In der öffentlichen und politischen Debatte erscheint das ganze leider oft nur als ein gigantischer Kostenfaktor.

Das wird den Menschen nicht gerecht, und das wird der vielen ehrenamtlichen Arbeit nicht gerecht, die vor Ort geleistet wird.

Aber, da die Anfrage der CDU sich ja explizit um die kommunalen Finanzen dreht, will ich darauf nochmal gezielt eingehen.

Ja, Unterbringung und Integration von schutzbedürftigen Menschen kostet Geld. Ja, auch das Geld der Kommunen.

Meine Damen und Herren,  
haben wir aber hier eine Wahl, die Mittel einzusetzen? Ganz sicher nicht!

Es gilt, die uns gestellten Aufgaben beherzt anzupacken und dafür nachhaltig und klug zu investieren.

Hat die Landesregierung die Kommunen in dieser Stelle allein gelassen?  
Ganz sicher nicht! Wir haben das bereits im Zuge der Beratungen der Nachtragshaushalte ausgiebig diskutiert. Es hat viele zusätzliche Mittel für die Kommunen gegeben.

Es hat viele Erleichterungen in unseren Vorschriften und damit einhergehend einen Bürokratieabbau gegeben, damit die notwendige Hilfe schnell geleistet werden konnte.

Es hat viele pragmatische Lösungen gegeben. Gerade auch mit Blick auf die finanzielle Situation unserer kommunalen Haushalte.

Wenn es – gerade mit Blick auf die vom Innenministerium auf diese Anfrage gelieferten Zahlen – beim Geldfluss hakt, dann sehe ich die Verantwortung doch wohl eher auf Bundes- denn auf Landesebene, meine Damen und Herren.

Länder und Kommunen müssen funktionieren, die Menschen aufnehmen, unterbringen, ihnen eine handfeste Perspektive geben.

Der Bund hat dafür zu sorgen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verdammt nochmal ordentlich ausgestattet wird und ordentlich läuft.

Und der Bund hat die Aufgabe, diese große gesamtgesellschaftliche Aufgabe ordentlich mitzufinanzieren. Man darf sich bei dieser Aufgabe nicht zu Lasten von Ländern und Kommunen aus der Verantwortung stehlen, nur um den Fetisch der schwarzen Null aufrecht zu erhalten.

Wer das tut, meine Damen und Herren, der macht aus einer historischen Chance einen historischen Fehler, an dem wir lange zu knabbern haben.

Deshalb brauchen wir dringender denn je eine sachliche Debatte über eine geregelte Zuwanderung.

Vielleicht springt ja der Eine oder die Andere noch über den eigenen Schatten und bittet Rita Süssmuth mal um einen Rat, so wie es bereits eine vorherige Bundesregierung getan hat...

Anrede,

wir brauchen kein Asylpaket III. Wir brauchen ein Integrationspaket! Und zwar eines, das in Inhalt und Umfang diesen Namen auch verdient.

Es ist mir vollkommen unverständlich, welches politische Kapital die Antragsteller aus dieser Anfrage schlagen möchte. Dass die Landesregierung den Zuzug der Flüchtigen auf Kosten der Kommunen finanziert hat? Ich bitte Sie, das kann doch nicht ihr Ernst sein.

Sie haben nach den Zahlen gefragt und haben Sie bekommen. So legitim die Fragen auch sind, so ernüchternd sind die Antworten für all diejenigen, die sich erhofft haben, die Landesregierung der "unterlassenen Hilfeleistung" überführen zu können. Dennoch war es richtig und wichtig, dieses Resümee öffentlich einzufordern. Allein deshalb, um die zum Teil fremdenfeindlichen Parolen rechtsgerichteter Gruppierungen jetzt auch amtlich widerlegen zu können.

Anrede,  
liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union,

was mir bei der Lektüre allerdings richtig sauer aufgestoßen ist, ist die Frage 10. Da fragen Sie allen Ernstes sinngemäß, ob wegen der Flüchtlingsunterbringung andere Projekte für die Einwohnerinnen und Einwohner ausgefallen sind.

Wer die Leute so gegeneinander ausspielen will, der zündelt mit dem Feuer und fischt in ganz trüben Gewässern. Das, meine Damen und Herren, sollte nun wirklich ganz und gar nicht die Art sein, mit diesem Thema umzugehen.

Vielen Dank!